

PETER SCHÄFER, MAI CHOUCRI

ÄGYPTEN NACH MURSI

GEMEINSAMES REGIEREN ODER SPALTUNG DER GESELLSCHAFT?

Viele wussten es natürlich schon vorher: Die ägyptische Muslimbrüderschaft, oder auch «die Islamisten» im Allgemeinen hatten keinen politischen Plan und ihr Absturz war lediglich eine Frage der Zeit. Am 30. Juni 2013 rief die Tamarod-Kampagne zu Protesten gegen Präsident Mohammed Mursi auf. Millionen folgten und demonstrierten mehrere Tage lang. Am 1. Juli stellte das Militär daraufhin ein Ultimatum; binnen 48 Stunden sollte die Krise gelöst sein, aussichtslos. Am 3. Juli übernahm die Armee wieder das Ruder und setzte den ein Jahr zuvor gewählten Mursi ab.

Tamarod («Rebelliere») hat wirklich alle überrascht. Die Graswurzelkampagne wurde erst Ende April von AktivistInnen ins Leben gerufen, die Verbindungen zur Kifaya-Bewegung hatten. Kifaya («Es reicht») protestierte bereits gegen die Regierung des ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak. Die Kampagne wuchs schnell und dezentral, getragen von Freiwilligen, die in ihrer Ablehnung von Präsident Mursi vereint waren und Unterschriften für dessen Absetzung im ganzen Land sammelten. Mit dem zunehmenden Anwachsen der Kampagne fragten sich die Menschen in Ägypten: «Was wird am 30. Juni passieren?» – in einer Mischung aus Angst, Erwartung und Hoffnung auf Veränderung nach dem politischen Stillstand unter der Muslimbrüderschaft. Das Land litt unter Nahrungsmittel- und Treibstoffknappheit sowie häufigen Unterbrechungen der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Politische Frustration durch die Vetternwirtschaft und das Sektierertum der «Brüderschaft» führte die Kampagne zu ungeahnter Popularität. Ende Juni gab Tamarod an, 22 Millionen Unterschriften für den Rücktritt Mursis und vorgezogene Neuwahlen gesammelt zu haben – immerhin ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung.

Auf die Mobilisierung der letzten Monate folgte die größte Demonstration, die Ägypten jemals erlebt hatte, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande. Schätzungen gehen von 17 Millionen Menschen aus, die an diesem Tag auf der Straße waren. Tamarod forderte den Rücktritt Mursis und drohte damit, falls dieser nicht ginge, eine Kampagne des sozialen Ungehorsams im ganzen Land zu beginnen. Angesichts der unglaublichen Zahl an DemonstrantInnen und ihrer Forderungen stellte das Militär den politischen Akteuren – hauptsächlich Mursi – ein Ultimatum von 48 Stunden, um ihre Differenzen beizulegen, ansonsten würde ein «eigener Fahrplan» implementiert. Das Präsidentsamt ließ das Ultimatum verstreichen, die Menschen drängten weiter auf die Straße und die Armee setzte Mursi ab. Der Schritt wurde begrüßt vom massiven Jubel und Applaus der «Protestierenden» und deutlich abgelehnt von einer großen Anzahl von «Mursi-Unterstützern», so die vereinfachte Darstellung.

Jetzt, wo die Straßenkämpfe und Schießereien zwischen den verschiedenen Lagern die Szene beherrschen, muss eine nationale Übergangsführung gewählt werden. Die Freude ist der Angst vor einem Bürgerkrieg gewichen, wenn auch die meisten Kommentare das «algerische Szenario» ausschließen.¹ Noch gibt es jedoch keine programmatischen Gespräche über einen politischen Weg nach vorne und Möglichkeiten, die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise zu beenden. Und die Herausforderungen sind riesig: Die Arbeitslosigkeit steht derzeit bei 12,7 Prozent (offizielle Zahl), ein dramatischer Anstieg seit 2010. Seit dem Jahr 2011 mussten 4.500 Fabriken geschlossen werden, das ägyptische Pfund hat 22 Prozent an Wert verloren. Ausländische Währungsreserven schrumpften von 36 auf 16 Milliarden US-Dollar.²

ABGELAUFENES HEILMITTEL: KAPITALISMUS

Für manche ist die Lösung einfach: «Was die arabische Welt vor allem braucht, ist nicht Demokratie, sondern Kapitalismus.»³ Vergessen wird offenbar, dass bereits mit Präsident Sadats Einführung der Infitah, der Marktöffnungspolitik der 1970er Jahre, der Kapitalismus Einzug in Ägypten hielt. Diese Entwicklung wurde in der Ära Mubarak weiter beschleunigt mit der Privatisierung verschiedener Industrien, die mit

1 "Why Egypt is not Algeria", (July 2nd 2013) Khaled Fahmy, <http://www.madamasr.com/content/why-egypt-not-algeria>. "Will Egypt become another Algeria?" (Arabic), Ghada Tantawi, (6 July 2013), <http://on.fb.me/12oRVHs>.

2 Alle Zahlen aus "Egypt's next government faces major economic challenges", Ahran Online, 4 July 2013, <http://english.ahram.org/News/75742.aspx>.

3 It is capitalism, not democracy, that the Arab world needs most, The Telegraph, online, 4 July 2013, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/egypt/10159983/It-is-capitalism-not-democracy-that-the-Arab-world-needs-most.html?fb>.

steigenden Arbeitslosenzahlen und Armut einherging. Die sich daraufhin formierende Streikbewegung war aktiv und gut organisiert. Sie unterstützte die Anti-Mubarak-Protteste Anfang 2011 und die Massenstreiks waren auch für das Militär ein überzeugender Grund, Präsident Mubarak des Amtes zu entheben. Die Wirtschafts- und andere Eliten wussten, dass sie in Gefahr waren.

An dem Argument, dass Demokratie in Ägypten nicht gebraucht wird, ist jedoch auch wahres, zumindest wenn Demokratie über transparente Wahlen, starke Parlamente und legale, institutionelle Möglichkeiten zur Absetzung der Regierung definiert wird. Demokratie existierte in Ägypten in dieser Form bisher nicht. Die Wahlen des Jahres 2011/2012 wurden unter der Herrschaft der Militärführung organisiert. Sie zeigte damit, dass sie in der Lage ist, einen Urnengang nach international anerkannten Regeln zu organisieren und durchzuführen. Aber welchen Nutzen hätte eine Wahlbeteiligung für die Muslimbruderschaft? Und auch falls es ihnen möglich wäre, sich ungehindert zu beteiligen, würden andere politische Kräfte und das Militär einen weiteren Sieg oder eine starke Opposition der Bruderschaft akzeptieren? Eine Sache ist gewiss: Derzeit haben die alten Vorurteile, Wahlen seien oberflächliches Werkzeug eines verwestlichten politischen Systems, innerhalb der islamistischen Bewegungen der gesamten Region wieder Hochkonjunktur.

Welchen Sinn hätten baldige Neuwahlen außerdem, wenn keine der politischen Kräfte ein realistisches und strategisches Konzept für den Weg aus der Krise hat? Es ist einfach, nach sozialer Gerechtigkeit zu rufen, wenn man keine konkreten Informationen und Kalkulationen zu ihrer Umsetzung vorlegen muss.

Für die politische Linke, aber auch für jede andere Kraft, die über Alternativen zum Kapitalismus nachdenkt, sind diese Fragen so wichtig wie für die Muslimbruderschaft. Wie würde eine Militärführung, die weite Teile der ägyptischen Wirtschaft und des Staatshaushalts kontrolliert, darauf reagieren? Die Antwort ist offensichtlich und die Debatte darüber, ob in Ägypten nun ein Militärputsch stattgefunden hat oder nicht, ist sinnlos. Es geht nun vielmehr darum, einen Weg zu finden, soziale Gerechtigkeit einzuführen in einer Weise, mit der die Militärführung leben kann. Ein revolutionärer Weg wäre hingegen, den Moment als solchen zu greifen und soziale Gerechtigkeit jetzt umzusetzen, wie es manche linke Gruppen bereits forderten. Dafür müsste die Volksbewegung ihre Forderungen jedoch präzisieren, Druck gegen die Allianz von rechten PolitikerInnen mit dem Militär ausüben und sich selbst als unabhängigen Akteur im politischen Prozess organisieren.⁴

LINKE ANSICHTEN

Wie sieht nun die Linke in Ägypten die Ereignisse? Welche Lösung hat sie vorgeschlagen? Wie sieht sie die Rolle der Armee? Hat sie ihren eigenen «Fahrplan», der sich von jenem der Armee unterscheidet?

Die Nationale Rettungsfront (NSF) ist eine Koalition bestehend aus 20 Parteien von politisch links bis rechts. Sie wurde nach der Verfassungserklärung Präsident Mursis vom letzten November gebildet. Ihre Schlüsselfiguren sind Mohammed Baradei, Hamdeen Sabbahi und Amr Moussa. Die liberal dominierte NSF ist die stärkste säkulare Opposition zu den Muslimbrüdern und zeitweise scheint dies auch die einzige Gemeinsamkeit des Bündnisses zu sein. Die NSF ist der Tamarod-Kampagne Anfang Mai beigetreten.

Die Front nimmt eine defätistische Haltung gegenüber dem Eingreifen der Armee ein. Sie hat deren «Fahrplan» nicht kritisiert und übt auch keinen Druck auf die Armee aus. Dies könnte die NSF in eine sehr schwache Position in künftigen Verhandlungen, auch mit dem Militär bringen. Aber für das Militär ist dies der politische Deckmantel für diese erneute Übergangsphase.

Die Partei Sozialistische Allianz gilt als eine der linken Parteien, die den Weg für die Revolution vom 25. Januar 2011 ebneten. Ihre Mitglieder waren damals noch in verschiedenen Parteien und Bewegungen aktiv und entschieden sich dazu, diese linken Strömungen zu vereinigen. Die Allianz ist der Tamarod-Kampagne Ende Mai beigetreten und am 22. Juni erklärte sie ihre Position für die Zeit nach der Absetzung Präsident Mursis. Sie forderte die Übertragung der Autorität an den Präsidenten des Verfassungsgerichts für maximal sechs Monate und die Bildung einer technokratischen Übergangsregierung, geführt von einem Politiker/einer Politikerin. Die Übergangsregierung sollte eine Versammlung zur Formulierung einer neuen Verfassung einberufen sowie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorbereiten. Kontrolliert werden sollte dies mittels eines temporären Rats aller Parteien. Die Allianz ruft zur basisorientierten Organisation politischer Teilhabe und Management der Übergangsphase durch Volkskomitees auf. Überhaupt formulierte die Allianz ihre starke Ablehnung eines militärischen Eingreifens zur Beendigung von Mursis Präsidentschaft und gegen die Wiederkehr der Armee zur Kontrolle der Regierungsangelegenheiten und Einmischung in das politische Leben.

Die Revolutionären SozialistInnen, eine kleinere, aber sehr aktive Gruppe, hatten drei Forderungen vor dem 30. Juni: 1. Sofortige Einleitung eines Prozesses zur Erreichung sozialer Gerechtigkeit zum Nutzen der

⁴ Statement: the end and the beginning ... Revolution continues in spite of all its enemies!, Khamassin, (4 July 2013), (Arabic) <http://on.fb.me/18bmWmP>.

Millionen von Armen und GeringverdienerInnen, die mehr als alle anderen unter dem Scheitern Mursis und zuvor der Armeeführung litten. 2. Die Wahl einer repräsentativen Versammlung zur Entwicklung einer zivilen Verfassung. 3. Formulierung eines Gesetzesentwurfs für ein Justizsystem, das die Muslimbrüder, die Militärführung und die Angehörigen des Mubarak-Regimes für ihre Verbrechen zur Rechenschaft ziehen sollte.

Sameh Naguib, eine Revolutionärer Sozialist aus Ägypten, fordert⁵ eine einigende, revolutionäre politische Alternative zur Entlarvung der NSF, da diese seiner Meinung nach zugunsten der Machterlangung die Ziele der ägyptischen Revolution und «das Blut ihrer Märtyrer» verrät. Er fügt hinzu, dass dieses revolutionäre Programm und Projekt die Massen zum Nachteil der islamistischen und liberalen Eliten überzeugen werde. So sollten die Institutionen des alten Regimes erneuert werden, einschließlich der Militär- und Sicherheitsorganisationen, die das Herz der Konterrevolution bildeten. Naguib meint, dass alle fortschrittlichen Kräfte die Folter und Repression gegen die Islamisten (Verhaftungen, Schließung von Fernsehstationen und Zeitungen nach dem 3. Juli) strikt ablehnen sollten. Diese Formen der Unterdrückung würden unter dem Vorwand der «Gewährleistung von Sicherheit» sehr bald auch gegen die Arbeiterbewegung und die Massenproteste eingesetzt.

EINBEZUG ALLER WICHTIGEN POLITISCHEN KRÄFTE

Verschiedene Parteien von der Rechten und der Linken forderten eine neue Verfassung. Das Militär ignorierte dies jedoch und entschied sich für eine Anpassung der bestehenden. Alle Akteure befinden sich in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber der starken Stellung der Armee. Es bleibt, an die lange Liste von Menschenrechtsverletzungen der Armee während der Übergangsperiode 2011 und 2012 zu erinnern. Linke PolitikerInnen und AktivistInnen sind deshalb in Bezug auf die kommende Zeit nicht optimistisch gestimmt. Unabhängig davon, ob die ÄgypterInnen das nächste Mal zur Wahl gehen oder nicht, die Zukunft ihres Systems hängt von der Fähigkeit und dem Willen der PolitikerInnen zur Zusammenarbeit und der Einigung auf gemeinsame Ziele ab.

In diesem Zusammenhang bedeutet die Absetzung Mursis weder das Ende des politischen Islams noch das der Muslimbrüder in Ägypten. Die Bewegung wird eine gesellschaftliche, politische und kulturelle Kraft bleiben. Es wurde jedoch deutlich, dass ein autoritärer Regierungsstil strategisch nicht funktioniert, ganz egal, wer regiert. Um die Forderungen des Arabischen Frühlings nach Brot, Freiheit und Würde angemessen zu erfüllen, muss die ägyptische Gesellschaft zunächst einen Weg finden, um soziale Gerechtigkeit für alle zu gewährleisten und muss akzeptieren, dass keine politische Kraft in der Lage sein wird, die Probleme in nächster Zeit zu lösen.

Für die ÄgypterInnen ist jedoch eines sicher: Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung als traditionell gesehen wird und religiöse Zugehörigkeit und Werte für die meisten sehr wichtig sind – der simple Slogan «Islam ist die Lösung» funktioniert nicht mehr. Die Menschen erwarten konkrete Lösungen für konkrete Probleme. Essen auf dem Tisch ist wichtiger als Kulturkampf. Die Muslimbruderschaft hat bereits damit begonnen, über vergangene Fehler zu diskutieren und wird sich dementsprechend ausrichten, auch wenn nun zunächst die Verteidigung ihrer politischen Führung und ihrer Position ansteht. Die Bruderschaft ist eine heterogene Bewegung, die sicherlich eine Weile brauchen wird, um sich neu zu positionieren. Es ist derzeit noch unklar, ob sie ihre Schwerpunkte nicht eher von der parlamentarischen Teilnahme weg verlegen und sich auf das konzentrieren, was sie am besten können: Menschen in Notlagen konkret zu helfen.⁶ So können sie sich ihre Basis sichern und die Zeit zur besseren Vorbereitung für die politische Bühne zu nutzen.

Die Bildung von starken, vertrauenswürdigen Institutionen wird aber nur durch gemeinsame Bemühungen aller wichtigen politischen Kräfte möglich sein. Jahrzehntelange NDP-Herrschaft (Nationaldemokratische Partei, die jetzt verbotene Mubarak-Partei) machten große Teile des Regierungsapparats für andere Parteien unkontrollierbar, besonders für jene mit Vorstellungen, die sich von denen des alten Regimes unterscheiden.

In der ersten Hälfte des Jahres 2011, als die Hoffnung in Ägypten noch groß war, beantworteten die Menschen die Frage danach, was passieren würde, falls sich eine Regierung nicht bewähren würde, so: «Wir würden wieder auf die Straße gehen und sie vertreiben.» Wer diese Antwort damals als naiv empfand, wurde am 30. Juni eines Besseren belehrt. Und wenn es nicht passt, werden sie es wieder tun.

PETER SCHÄFER LEITET DAS SICH IM AUFBAU BEFINDLICHE REGIONALBÜRO NORDAFRIKA DER

5 Sameh Naguib, (4 July 2013), "The Four days that rocked the world", (Arabic), <http://revsoc.me/politics/rb-ym-hzt-llm>.

6 Obwohl die Finanzlage schwieriger sein wird, im Vergleich zurzeit vor dem Wahlsieg der Muslimbruderschaft, angesichts der Feindschaft Saudi-Arabiens und der Vereinten Arabischen Emirate ihr gegenüber. Etwaige Einflüsse der Veränderungen in der Führung Qatars sind noch nicht abschätzbar.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN TUNIS. MAI CHOUCRI ARBEITET ALS PROGRAMMMANAGERIN IM REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN TUNIS.